



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

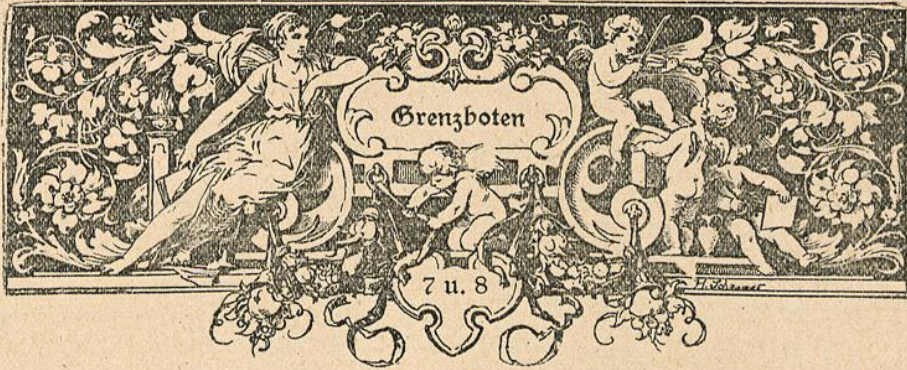
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Was muß der Westen für den Grenzschutz des Ostens tun?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Was muß der Westen für den Grenzschutz des Ostens tun?



Die öffentliche Meinung der westdeutschen Gebiete ist nach dem im November erfolgten Zusammenbruch mehr denn je geneigt, über die Loslösung vom preussischen Staatswesen zu debattieren. Leider haben sich diese Debatten in letzter Zeit immer bedrohlicher gestaltet und finden in dem Memorandum des Staatssekretärs Dr. Preuß energische Unterstützung. Rheinland, Westfalen und angrenzende Gebiete glauben in sich selbst genügend Kraft zur eigenen staatlichen Existenz zu besitzen. Die Befürchtungen der einzelnen politischen Parteigruppen treffen sich in dem gleichen Bestreben: los von Berlin. Das Zentrum fürchtet für den Zusammenhang von Staat und Kirche in dem neugeordneten preussischen Staatswesen, die sozialistischen Parteien erblicken in der Aufrichtung einer Heeresmacht im Osten die Gefahr einer Gegenrevolution.

Soweit es sich um die wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten handelt, ist der Standpunkt dieser beiden Richtungen außerordentlich kurzfristig. Glaubt etwa die Industrie des Westens durch einen engen Anschluß an Belgien und Frankreich für den Weltwirtschaftsmarkt Konkurrenzmöglichkeiten zu erhalten? Glauben die bürgerlichen Parteien aus sich allein Herren des Bolschewismus werden zu können? Sie mögen bedenken, daß das Heer der Arbeitslosen aus den zur Konkurrenz nicht mehr geeigneten Gebieten enormen Zulauf finden würde. Wo will man diese Bevölkerungsmassen unterbringen? Zwingt man sie zur Auswanderung, exportiert man dieses beste Staatsgut, so werden aus eigenen Volksgenossen die stärksten Gegner herangezögelt. Ein Ausweg, der hier bleibt, ist die Ansiedlung nach Hunderttausenden zählenden Massen auf eigenem Grund und Boden, und dazu steht uns nur noch der Osten unseres Vaterlandes frei. Gerade dies deutsche Ansiedlungsland aber ist jetzt auf das Stärkste bedroht. Nicht nur durch den national-polnischen Imperialismus, der an die Tore von Berlin und Danzig pocht; noch größer ist die Angriffswucht des russischen Bolschewismus, der sich in der Sowjetarmee einen Machtfaktor geschaffen hat, dem wir bis in die letzte Zeit nicht Gleichwertiges entgegenzusetzen hatten.

Der Zentral-Soldatenrat der deutschen sozialistischen Republik und die Volksbeauftragten, denen man wirklich keine Machtpolitik nach altem Sinne zumuten darf, haben durch die Neuregelung der Kommandogewalt bewiesen, wie hoch sie die im Osten drohende Gefahr einschätzen. In den Kreisen der Regierung ist man sich seit den Ereignissen der letzten Wochen klar darüber geworden, was den A- und S.-Räten im Westen wohl nicht bekannt sein dürfte: daß das Mißtrauen den sogenannten Bürgerlichen gegenüber vollkommen

haltlos war. Mit instinktiver Erkenntnis der Notwendigkeit unserer Eigenmacht hat sich die gesamte Bevölkerung des deutschen Ostens dieser Forderung zur Verfügung gestellt und denkt gar nicht mehr daran, in Klassenkampf und Brudermord ihre kostbaren Kräfte aufzubrauchen.

Wir dürfen nicht durch Federstriche organisch zusammengewachsene Wirtschaftsgebilde zertrennen, nur weil die einzelnen Teile glauben, unter den augenblicklichen Bedingungen Vorteile daraus ziehen zu können. Auch die sozialisierten Staatsbetriebe, die Staatsindustrie der Zukunft, brauchen einen kaufkräftigen Markt, gerade dieser muß im Osten gewonnen werden. England und Amerika werden trotz aller gegenseitigen Versprechungen das tatsächlich bei ihnen liegende Seehandelsmonopol nur für ihre Interessen auszunutzen wissen, und selbst unsere Dualitätsindustrie wird auf dem Seewege mit diesen Mächten nicht konkurrieren können, will sie nicht ihre Angestellten durch Unterbietung der Preise auf Hungerlöhne herabdrücken. Daran wird auch nichts die Tatsache ändern, daß später der allmächtige Staat diese Löhne festsetzt. Der Sozialismus herrscht nun einmal nicht in der ganzen Welt, sondern nur in einzelnen Teilen, und diese Teile müssen sich den wirtschaftlichen Bedingungen des ausländischen Großkapitalismus oder sonstigen nichtsozialistischen Wirtschaftsformen wohl oder übel anpassen.

Die viel geschmähte Berliner Regierung sucht diesen Erfordernissen unserer zukünftigen Volkswirtschaft in Hinblick auf eine kräftige Politik im Osten Rechnung zu tragen. Nicht die Existenz des polnischen Staates als solche wird bekämpft, sondern die ungesunden Machtgelüste der polnischen Maximalisten. Die bolschewistischen Umtriebe in Kongreßpolen haben die innere Haltlosigkeit des polnischen Staates zu klar bewiesen, als daß man diesen als einen verträglichsten Gegner und späteren Bundesgenossen betrachten könnte. Wir brauchen sehr wohl gute Beziehungen zum Osten. Wir wünschen sogar ein gutes Einvernehmen mit dem zukünftigen russischen Staate, mag er sich innerlich gestalten wie er will; nur bekämpfen wir mit aller Schärfe überstürzte Sozialisierungsmassnahmen im außerdeutschen Osten, die diese geschwächten Wirtschaftsgebilde dem eindringenden westeuropäischen und amerikanischen Kapitalismus ausliefern würden. Wir hatten in den letzten Kriegsjahren Aussicht versprechende Verbindungen über Polen und die Ukraine hin mit Südrußland und Kaukasien angeknüpft; wir erwarten auch heute für unsere neu aufgebaute Volkswirtschaft reiche Austauschmöglichkeiten mit diesen noch nicht industrialisierten und landwirtschaftlich außerordentlich ertragsfähigen Gebieten. Nach Errichtung des englisch-amerikanischen Schifffahrtsmonopols bleibt uns eben nur noch der Landweg. Mit Hilfe einer im Rahmen des gesamten Organismus wohl durchdachten staatlichen Eisenbahntarifpolitik läßt sich die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen auf dem Landwege ebenso künstlich bewerkstelligen wie die Einfuhr von Agrarprodukten und Rohstoffen für unsere Verarbeitungsindustrie.

Unser eigener Rohstoffmarkt muß sich in Zukunft ebenso wie in den Kriegsjahren nach Möglichkeit freihalten von willkürlichen Massnahmen der jeweiligen weltbeherrschenden Mächte. Wir können dem Auslande für das, was wir notwendig brauchen, insbesondere an Lebensmitteln, nur noch hochwertige Industrieprodukte liefern, und wir müssen uns auf deren Herstellung allein beschränken. Das aber bedeutet eben eine Brotlosmachung für ungezählte Deutsche, die anderweit untergebracht werden müssen und deshalb bedenke Deutschlands Westen Deutschlands Osten. Hier liegt Einiges, nicht Trennendes; hier verwirklichen sich die wiederaufbauenden, die wiederanknüpfenden Ideen. Sie stehen und fallen mit der Erhaltung unserer östlichen Provinzen. Deshalb: denkt an den Grenzschutz Ost!